WOLFF: NSU-Prozess - Rechtsstaatliches Verfahren akzeptieren

WOLFF: NSU-Prozess - Rechtsstaatliches Verfahren akzeptieren

Anlässlich der Diskussion um den Prozess am OLG München gegen Beate Zschäpe erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen und Recht der FDP-Bundestagsfraktion und FDP-Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss Hartfrid WOLFF:
Es ist verständlich, dass im Vorfeld des Prozesses und im Prozess selbst die Emotionen - vor allem bei Angehörigen der Opfer - hochschlagen. Es wäre aber wünschenswert, wenn alle Prozessbeteiligten, Beobachter und Interessengruppen verbale Zurückhaltung üben würden. Es ist erschreckend und traurig, dass das Gespür für rechtsstaatliche Prinzipen und Prozessabläufe bei manchen verloren zu gehen drohen.
Beate Zschäpe steht nicht als Schuldige vor diesem Gericht, sondern als Angeklagte, deren Schuld erst noch festgestellt werden muss. Dazu dient eben ein Prozess, der an sich keine Kompensation für die jahrelange Trauer, Sorge, Angst oder falschen Verdächtigungen der Opfer-Angehörigen bieten kann. In München gilt es, zweifelsfrei festzustellen, ob Beate Zschäpe und die Mitangeklagten im Sinne der Anklage schuldig sind oder nicht. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.
Ein Angeklagter hat Rechte, die er wahrnehmen kann, und es wäre zu begrüßen, wenn das auch medial vermittelt würde. Verunglimpfende Angriffe auf Verteidiger, die grundgesetzlich geschützte Rechte ihrer Mandantin wahrnehmen, zeigen, dass verbreitet Nachholbedarf in Sachen gelebter Rechtsstaatlichkeit besteht.
Wir alle hätten uns einen anderen Ablauf der Zulassung der Medienberichterstatter bei diesem Prozess gewünscht. Aber es ist eben so, dass ein Prozess sich nicht primär medialen Regeln und Ansprüchen zu beugen hat. Öffentlichkeit ist in einem Gerichtssaal an sich auch schon hergestellt, wenn fünf Freizeitzuhörer anwesend sein können.
Der Ruf nach Videoübertragungen ist verständlich und muss geklärt werden. Zur Fairness in der Berichterstattung gehört aber bei aller Kritik auch, dass es gilt, größtmögliche Sorgfalt walten zu lassen, um Revisionsgründe zu vermeiden. Wir sollten immer daran denken, es stehen Menschen vor Gericht, über die entschieden wird. Entscheidend ist ein rechtsstaatliches Verfahren, und das gilt es, zu akzeptieren.

FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: http://www.fdp.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=532568" width="1" height="1">

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung.Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt.Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet.Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeits- staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger.Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.